

Schlachten zwischen Aisne und Marne über 3000 Quadratmeter feindlichen, teils fruchtbarsten Bodens mit zahlreichen Weizen, Obst- und Weingärten. Über 200 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern, fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgeblieben. Der Rest von rund 75 000 Seelen hat seine Wohnstätten verlassen und ist über die Marne geflohen. Diese Flüchtlinge fallen der französischen Regierung zur Last, die sie unterbringen und versorgen muß.

**Frankreich blutet für die Engländer**  
 Während der schweren Niederlagen der Engländer in Flandern eilte Frankreich mit seinen Kräfte dem britischen Bundesgenossen zu Hilfe. Im Laufe der Kämpfe wurden 18 französische Divisionen in Flandern eingesetzt und weitere dort in Reserve gehalten. In den heißen Kämpfen und vor allem im Laufe der wiederholten Gegenangriffe haben die Franzosen dort aufs Schwerste für England gelutet. Die hilfswillige, weitgehende Unterstützung, welche General Foch den geschlagenen Engländern leistete, schwächte jedoch in ernstester Weise seine eigene Front. Die Folge hiervon war die blutige Niederlage der Franzosen zwischen Aisne und Marne, die auch jetzt wieder durch das Versagen englischer Truppen verschuldet wurde. Jetzt, wo die französischen Stellungen in breiter Front durchbrochen wurden, hat noch keine einzige englische Division zur Unterstützung der Franzosen in den schweren Kampf eingegriffen. Die französischen Truppen, die sich an der britischen Front für England aufopfern, müssen hier allein die Last der Kämpfe und die ungeheureren Vlutopfer tragen.

**Entente-Preisen**  
 In London, 4. 6. (Neuter). Der Oberste Kriegsrat hat unter Umständen, welche für den Bund der freien Völker sehr ernst sind, seine letzte Sitzungspreside abgehalten. Unter Berücksichtigung der gesamten Lage hat der Oberste Kriegsrat die Überzeugung gewonnen, daß die Verbündeten die Absichten des Feindes vereiteln und ihn seinerzeit besiegen werden. Die Vorbereitungen für die Einheit des Oberbefehls haben die Stellung der verbündeten Armeen wesentlich verbessert. Die Arbeit vollzieht sich reibungslos und mit Erfolg. Der Oberste Kriegsrat blickt mit Hochachtung und Bewunderung auf die Tapferkeit der verbündeten Truppen. Die verbündeten Nationen sind entschlossen, keine einzige der freien Nationen der Welt dem Berliner Despotismus zu opfern. Die freien Völker und ihre glänzenden Soldaten werden die Zivilisation retten.

**Die französischen Kriegsminister**  
 In London, 5. 6. (Neuter). Amtlich wird gemeldet: Lloyd George, Balfour, Wilson, Sir William Weir und Sir Henry Wilson sind von den Sitzungen des Obersten Kriegsrates in Frankreich nach London zurückgekehrt.

**Von der italienischen Front**  
 Die Kriegserichter am der italienischen Front melden, daß der Feind sogleich neue Truppenbestände an die Front hinstelle. Die in Frankreich tobende Schlacht werde sich in nächster Zeit bis zur Blaue ausdehnen. Die Stimmung unter den italienischen Truppen sei ausgezeichnet.

**Ameingkeit in der Entente**  
 In Aus Bern wird der „Ädn. Ztg.“ berichtet: Böse Gerüchte sind in England in Umlauf, so daß ein Zeitartikel der „Morning Post“ dringend warnt, ihnen Glauben zu schenken und sie weiter zu verbreiten. Das Blatt schreibt: „Man wird sagen, es bestünde eine gewisse Ameingkeit unter den Verbündeten. Die Franzosen seien eifersüchtig auf die Engländer, und die Amerikaner möchten alle beide nicht leiden. Die Zahl der Flugzeuge ist ungenügend. Benzol werde vergeudet. Auch mit der Munition komme es nicht. Im Fezere herrsche Unzufriedenheit. Es würden mehr Schiffe versenkt, als amtlich zugehänden würde usw. Das alles ist tödliches Gerede. Aber daß es verbreitet wird, ist eine ernste Sache. Denn der Ausgang des Krieges hängt von dem festen Zusammenhalten der Verbündeten ab, und ein kleines Sandkorn kann eine ganze Maschine zum Stehen bringen.“

### Aus den Kolonien

**Die Kämpfe in Deutsch-Ostafrika**  
 Neue bestimmte Nachrichten über den Verlauf der Kämpfe in Ostafrika liegen an den zuständigen Berliner Stellen nicht vor, doch darf man aus den letzten, wohl absichtlich unklar gehaltenen Meldungen den Schluß ziehen, daß es dem General von Lettow-Vorbeck gelungen sein dürfte, die englische Kolonne Nordrhodes zu durchbrechen und eine Stellung zwischen den Adambadbergen und dem Buriofluß einzunehmen. Das Mahua-gebiet scheint wieder von deutschen Kriegstreitkräften besetzt zu sein.

### Ereignisse zur See

**Wieder 28 000 Tonnen!**  
 Das von dem bewährten U-Bootskommandanten Oberleutnant J. See Loß befehligte Boot hat im Kanal zwischen 5 Dampfer und 3 französische Fischerfahrzeuge mit über 28 000 Bt.-Reg.-Ts. versenkt. Unter den versenkten Dampfern befanden sich der englische Hilfsträger „Moldavia“ (9500 To.), sowie ein bewaffneter Dampfer von etwa 6000 Tonnen Größe, die beide aus stark gesichertem Geleitzuge herausgegriffen wurden. Namentlich festgestellt wurden ferner noch der bewaffnete englische tiefliebende Dampfer „Mar Panter“ (5875 To.) und die französischen Fischkutler „Petit Georges“, „Souvenir de St. Marie“ und „Joseph Simon“.

**Der Chef des Admiralstabes der Marine**

**Von Entente-Japanen versenkte eigene Schiffe**  
 Vor kurzer Zeit sind zwei große im Hafen von Dünkirchen befindliche Dampfer durch Explosionen im Maschinenraum vernichtet worden. Eine Anzahl anderer Dampfer wurde auf dieselbe Weise mehr oder minder beschädigt. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um systematisch ausgeführte Bombenanschläge handelt, infolge deren verschiedene Matrosen englischer, französischer und spanischer Nationalität festgenommen wurden. Diese Leute rächten sich so dafür, daß ihre Proteste gegen die ungemessen schlechte Verpflegung ohne Erfolg geblieben waren. Infolge Verabreichung verdorbener Lebensmittel sollen in letzter Zeit viele ernste Erkrankungen unter Bergfestungsbesatzungen bei Ententetruppen vorgekommen sein.

**150 amerikanische Kriegsschiffe in europäischen Gewässern**  
 Am 2. Juni hat der amerikanische Admiral Caves in einer Rede mitgeteilt, die Vereinigten Staaten hätten jetzt in den europäischen Gewässern ungefähr 150 Kriegsschiffe, deren Besatzung 35 000 bis 40 000 Köpfe zähle.

**Amsterdam, 6. 6.** Die englische Presse erzählt aus Neuyork, daß der Neuyorker Hafen wegen U-Boots-Gefahr gesperrt worden ist.

**Amsterdam, 6. Juni.** Neuter meldet aus Neuyork: Nach den letzten Berichten sind 3 amerikanische Schooner torpediert worden. Ein Torpedobojer meldet, daß er bei einem U-Bootsangriff auf einen Dampfer am Dienstag 9.30 Uhr ebenfalls angegriffen wurde.

### Kleine politische Nachrichten

**Angestellte und Krankenversicherung**  
 Während Arbeiter, Gehellen, Diensthöten ohne Rücksicht auf ihren Verdienst der Krankenversicherungspflicht unterliegen, sofern sie gegen Entgelt beschäftigt werden, ist bei den Betriebsbeamten, Wertmeistern und anderen Angestellten, bei den Handlungsgehilfen und -gehilfinnen die Versicherungs-pflicht nur insoweit gegeben, als ihr Gehalt 2500 Mark nicht übersteigt, bei der Invalidenversicherung 2000 Mark. Ein großer Teil der Angestellten hat die Gehaltsgrenze von 2500 Mark überschritten. Ihre Versicherungs-pflicht ist damit erloschen. All diesen Angestellten ist zu raten, ihre Mitgliedschaft bei der zuständigen Krankenkasse aufrecht zu erhalten. Nach § 313 der Reichsversicherungsordnung haben die Mitglieder, die aus versicherungspflichtiger Beschäftigung ausscheiden, das Recht, ihre Mitgliedschaft bei der Krankenkasse freiwillig fortzusetzen. Die Mitgliedschaft kann in einer niedrigeren Beitragsklasse fortgesetzt werden. Da sich nach der Beitragszahlung die Leistungen der Kasse richten, empfiehlt es sich, die Mitgliedschaft in der bisherigen Klasse fortzusetzen. Die Meldung zur freiwilligen Mitgliedschaft erfolgt am besten sofort. Sie hat spätestens innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden zu erfolgen; für Erkrankungen, die innerhalb der zweiten oder dritten Woche eintreten, besteht nur ein Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, und dieser nur dann, wenn der Erkrankte im letzten Jahre vor dem Ausscheiden mindestens sechsundzwanzig Wochen und unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert war. Bei der großen Bedeutung der Krankenversicherung sollte man nicht jahrelang erworbene Rechte preisgeben, sondern sich dieselben durch die freiwillige Mitgliedschaft zu erhalten suchen.

**Der neue Reichskommissar für Aurland und Sitauen**  
 In Berlin, 5. 6. (Amtlich). Zum Reichskommissar für Aurland und Sitauen ist an Stelle des ausgeschiedenen Ministerialdirektors H. Graf v. Kerschingel der Verwaltungschef beim Oberbesichtsaber Dr. Unterstaatssekretär Freiherr v. Falkenhäufen ernannt worden.

**Reichstagspräsidentenwahl**  
 In Berlin, 6. 6. In parlamentarischen Kreisen wird genommen, daß heute nur die Wahl des Präsidenten vorgenommen wird. Die Wahl des Zentralratspräsidenten folgt nach und wird nicht bezweifelt. Die Entscheidung über die Vizepräsidentenfrage wird erst getroffen. Die Sozialdemokraten erheben Anspruch auf den ersten Vizepräsidenten. Bemerkenswert ist der Vorstoß der „Germania“, auch die konservativen Ansprüche zu befriedigen und vier Vizepräsidenten zu wählen, also eine Art Koalitionspresidentium zu bilden. Weiter erklärt die „Germania“, das Zentrum werde den Vorschlag im Hauptauschub bereitwillig an die Sozialdemokraten abgeben.

**Deutsch-englischer Gefangenenaustrausch**  
 In Berlin, 6. 6. Die Verhandlungen über den deutsch-englischen Gefangenenaustrausch werden voraussichtlich bereits jetzt im Haag unter Leitung der niederländischen Regierung beginnen. Als Vertreter Deutschlands werden genannt: Vohlschütz, Prinz Seremann, Hagedorn, dem die Geheimen Legationsräte Dr. Ehardt und Dr. von Keller von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes zur Seite stehen, General Friedrich, der auch die deutsch-französischen Verhandlungen über den Gefangenenaustrausch führte, und bereits bei einer früheren deutsch-englischen Aussprache über Gefangenenbehandlung eine Begegnung mit englischen Delegierten hatte.

**Aus den eroberten Gebieten**  
 In Romno, 5. 6. Die in Baltisch-Vitauischen Mitteilungen berichten, sind die Eisenbahnstrecken Romno Swenslang-Dänaburg-Wiletsa-Molodtschno und Bobrodjje-Konstantinow für den öffentlichen Privatpersonen, Gepäck, Expeditiv-, Güter- und Tierverkehr freigegeben worden. Ferner wird vom 6. Juni ab für den Besitz der Militärreisbahnabteilung 2 Dorpat (Ehland-Vieland) und den Besitz über Riga der öffentliche Güterverkehr freigegeben. Für die Abfertigung gelten die für die besetzten Gebiete des Ostens eingeführten Privatgütertarife.

**Die Italiener in Tripolis zurückgedrängt**  
 In Tripolis berichten: Die Italienischen in den Weltkrieg begannen unsere in die Provinz Tripolis entsandten tapferen Truppen in ausdauernden Kämpfen, auf eine schwierige Verbindung mit der Heimat angewiesen, die Italiener schrittweise an die Küste zu drängen. Heute flammert sich der Italiener nur noch an einige von uns umschlossene Küstenpunkte, wo er unter dem Feuer unserer Batterien und der deutschen U-Boote steht. Jeder Versuch, seine Lage zu verbessern, wurde bisher glänzend von uns unterbunden. Bei seinem letzten Ausfälle aus Suara am 12. 4. wurde er von uns in der Flanke gekloppt. Viele Gefangene, zahlreiche Waffen, Pferde und viel Kriegsmaterial blieben in unserer Hand. Auch mehrere kleinere andere Zusammenstöße verliefen durchweg zu unseren Gunsten.

**Getreideschiffe für die Schweiz in Bordeaux festgehalten**  
 In Weid, 5. 6. (Voll. Ztg.) erzählt, sind die beiden amerikanischen Getreideschiffe, die nach längeren Verhandlungen mit Washington nach der Schweiz abelandt wurden, im Hafen von Bordeaux angelangt, aber dort von der französischen Regierung festgehalten worden. In Paris erklärt man, die Schweiz habe zwar mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen, aber Frankreich könne diese Getreidelieferungen nicht durchlassen. In gemeinsamen Erpressungsverfahren wird das Verlangen nach einem Geldkredit gestellt.

**Bulgarien erhebt Anspruch auf die 1913 an Griechenland übergegangene Gebiete**  
 In Sofia, 6. 6. Nabolowow sagte in einer Unterredung: Wir haben einen Vertrag mit unseren Verbündeten geschlossen, wonach wir, falls wir ohne unser Zutun in Griechenland in Krieg geraten sollten, ein Anrecht auf alle jene Gebiete haben, die uns Griechenland im Jahre 1913 entziffen hat. Wir werden also, da dieser Fall eingetreten ist, mit Einwilligung unserer Verbündeten unser Anrecht auf Seres, Drama, Kavalla und alle anderen durch das Unrecht von 1913 an Griechenland übergegangene Gebiete geltend machen.

**Protest gegen die Zwangsabwebung russischer Untertanen für die englische Armee**  
 In Stockholm, 6. 6. Nach Blättermeldungen aus Moskau rächte sich die russische Bevölkerung über die Zwangsabwebung der russischen Untertanen für die englische Armee.

**Eine neue Regierung im Dongebiet**  
 In Haag, 6. 6. „Daily News“ erfahren aus Moskau: Im Dongebiet ist eine neue Regierung entstanden und zwar von derselben Art wie die Starobabsin in der Ukraine. Diese Regierung erklärt, daß sie die Bevölkerung des Don, Kuban, Terel, Astrachan und des Nordkaukasus vertritt. Das Haupt der Regierung ist General Atschanow.

**Rumänien**  
 In Bukarest, 5. 6. „Gazeta Bucurestilor“ bringt einen Artikel über den finanziellen Zusammenbruch Rumäniens, in welchem Maßnahmen angeführt werden, die getroffen werden sollten, um die Finanzlage des Landes wieder zu heben. Der Artikel schließt: Auch unserer auswärtigen Politik wird man eine andere Richtung geben müssen. Die letzten Erfahrungen haben uns gelehrt, daß unsere einzige natürliche Verbindung ein Bündnis mit den Mittelmächten ist. Indem wir das natürliche Bündnis, das durch Bratiana geschlossen wurde, wiederherstellen, werden wir zu den inneren Mitteln für die Reorganisation die sehr wertvolle ausländische Unterstützung hinzuzufügen.

### Aus Heimat und Vaterland

**Frankenberg, den 6. Juni 1918.**  
 \* 5. öffentl. Sitzung des Stadtoverordnungs-Kollegiums Mittwoch den 5. Juni 1918, nachm. 6 Uhr im Festsaal der Realschule. Die Sitzung wurde von dem stellvertretenden Vorsteher Herrn Sanitätsrat Dr. Köhlich geleitet. Es wurde zunächst Kenntnis gegeben von einer Einladung der Zentrale für Jugendfürsorge in Dresden zu einer am 12. Juni im Künstlerhaus in Dresden stattfindenden Tagung. Zu Punkt 1 der Tagesordnung berichtete Herr Goldfuß über die Ratsvorlage betreffend Erhöhung der Vergütung an den Nahrungsmittelchemiker Dr. phil. Prager von jährlich 640 auf 750 M. Die Erhöhung soll ab 1. April d. J. gewährt werden als genehmigte Teuerungszulage auf Grund der ministeriellen Verordnung vom 27. April d. J. Es entspann sich eine Aussprache, an der sich die Herren Stö. Edert, Goldfuß, stellvertr. Vorsteher Sanitätsrat Dr. Köhlich und die Herren Stadträte Dr. Wolf und Nestler beteiligten. In der Aussprache wurde besonders die fragwürdige Befähigung mancher jetzt geleiteter Nahrungsmittel besprochen und dem Wunsch Ausdruck gegeben, der Nahrungsmittelchemiker möchte den Nahrungsmitteln im allgemeinen größere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Teuerungszulage wurde beschlossen. Der zweite Beratungsgegenstand der öffentlichen Sitzung betraf den Anlauf von Straßenbaugeräten im Gesamtwerte von 2385,50 M., worüber Herr Richter empfehlend berichtete. Es handelt sich um Einfallsritter, Abdeckungsplatten und eine Fußwegwalle, welche von einer diesigen Firma zu niedrigem Preise der Stadt angeboten wurden. Nach kurzer Aussprache, in welcher auch Herr Stadtrat Nestler den Anlauf empfahl, wurde der Vorlage einstimmig genehmigt. Es folgte nicht öffentliche Beratung.

Das Reichsgetreidegesetz Nr. 73 vom 31. Mai enthält die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 und die Bekanntmachung der neuen Fassung der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918.  
 Jede Änderung auf Bezugschein ist Urkundenfälschung. Wie verschiedene Gerichtsverhandlungen in letzter Zeit bewiesen haben, herrscht in verschiedenen Kreisen noch immer Unklarheit über das Wesen des Bezugscheins; man weiß vielfach immer noch nicht, daß der Bezugschein eine Urkunde darstellt und dementsprechend jede Veränderung, die auf demselben vorgenommen wird, als Urkundenfälschung bestraft wird. Immer wieder kommt es vor, daß Leute aus bereits abgestempelten Bezugscheinen selbständige Eintragungen, Änderungen oder Zusätze vornehmen, z. B. auf einem Bezugschein, der über eine Hofe ausgestellt ist, das Wort „Hofe“ austadieren und dafür einen anderen Gegenstand einsehen. Viele tun dies aus reiner Bequemlichkeit, nur, weil sie den nochmaligen Gang zur Bezugscheinstelle scheuen. Jeder, der jedoch eine Veränderung an einem Bezugschein vornimmt, kann sicher sein, daß er wegen seiner gesetzwidrigen Handlungsweise vor Gericht verantwortlich zu machen ist. Denn die Scheine werden späterhin von den Geschäftsen den Bezugscheinstellen zurückgegeben und dort kontrolliert, so daß jede solche Änderung entbirt wird und zur Anzeige gelangt.

**Randbilder der Unabhängigen**  
 In der „Voll. Ztg.“ lesen wir: Die Unabängigen Sozialdemokraten haben im 15. hächstlichen Reichstagswahlkreis Frankenberg-Altweidba-Rimbach den Fabrikanten Gustav Semmler (Rimbach) als Kandidaten aufgestellt. Den Wahlkreis vertritt jetzt der Abg. Daniel Stücken (Soz.), der in einer Wahlkreisversammlung der soziald. Partei am vorigen Sonntag in Chemnitz wieder als Kandidat aufgestellt wurde.

**33 Neufestsetzung der Brotration 3/4 Pfund Brot.**  
 Infolge der vom Kriegsernährungsamt angeordneten Kürzung der Tagesration um 40 Gramm macht sich auch in Sachfen vom 16. Juni d. J. ab eine Herabsetzung der Brotration notwendig. Durch Heranziehung aller im Lande noch vorhandenen Vorräte wird es möglich sein, die Brotmenge weniger stark zu verkleinern als es der vermindernde Brotmenge entspräche. Selbstverständlich hat auch künftig das Brot keinerlei Zulag von Rindmehl, sondern besteht aus gutem Getreidemehl mit dem bereits bisher eingeführten Kartoffelmehlzusatz. Es werden in ganz Sachfen vom 16. Juni an 2 1/4 Pfund Brot wöchentlich verteilt werden. Die Zulagen für Schwer- und Schwerfärbbar bleiben in der bisherigen Höhe weiterbestehen. Als Ersatz für den Ausfall an Brot werden abgelehen von der bereits angefündigten Erhöhung der Zuckerration um 2 Pfund, die in der traglichen Zeit zu verteilenden Nahrungsmitteln, insbesondere Suppen und Teigwaren, eine nicht unbedeutende Erhöhung erfahren.

**Das Aberten von grünen Zwiebeln**  
 Das Aberten von grünen Zwiebeln ist bis auf weiteres verboten. Man beachte die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern im amtlichen Teile dieser Nummer.  
**Ueber die Belieferung der Zuckerarten**  
 In vorliegender Nummer des Tagesblatte eine Bekanntmachung enthalten, auf welche hierdurch aufmerksam gemacht sei.  
**Junifällte.** Der meteorologische Sommer, der am 1. Juni begonnen hat, führt sich in wenig erfreulicher Weise ein. Die Wärme, die schon seit etwa 10 Tagen herrscht, ist wieder empfindlicher geworden. Nachts nähert sich die Temperatur sehr nahe dem Nullpunkt, was angesichts des kalendermäßigen doch recht bedenklich ist, zumal auf nennenswerte Erwärmung im Laufe des Tages kaum gerechnet werden kann, solange der nun schon wochenlang anhaltende Nordwind dauert. Strömweise hat die niedrige Temperatur, die sich sogar zu Neff verdichtete, in den Gärten an empfindlichen Pflanzen Schäden angerichtet. Im Rielengebirge gab es Schnee. Von der Obersee wird gemeldet, daß dort ganze Gemüselfelder vollständig schwarz seien. Auch aus den Provinzen kommen, Schlesien und Sachfen kommen Meldungen über Schäden infolge des Wettersurges. Bei uns haben in freilegenden Gärten Gurken, Kürbis, Bohnen und Tomaten gelitten.  
**Fgw Huesswalde.** In der am 30. Mai 1918 abgehaltenen Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Huesswalde, an der auch eine große Anzahl Landwirte von Garndorf und Oberlichtenau teilnahmen, hielt Herr Borwerksbesitzer Grundmann einen Vortrag über die Milch-, Fett- und Fleischversorgung. Er berichtete in ausführlicher Weise über die Aufgaben der Reichsstellen und begründete die Maßnahmen der Regierung wegen gleichmäßiger Verteilung von Milch, Fett und Fleisch. Der Vortragende berichtete weiter über die Reichsgetreidebewirtschaftung und über die Kartoffelversorgung. Herr Regierungssassessor Dr. Pfotenbauer, Vertreter der Agl. Amtschauptmannschaft Flöha, richtete an die Landwirte das dringende Ersuchen, eine Wegnahme der Hafer-, Heu- und Strohpodrasse durch eine restlose freiwillige Abgabe zu verhindern. Es sei besonders anzuerkennen, daß viele Landwirte ihren eigenen Pferden abgedarrten Hafer der Heeresverwaltung gewährt hätten. Eine Verringerung des Verteilungsschlüssels für die Heu- und Strofluierung an die Heeresverwaltung kann für Sachfen leider nicht mehr in Frage kommen. Der Kommunalverband muß unter andern aus der neuen Ernte vom Jahre 1918 eine große Menge an Heu liefern, mit Teillieferungen ist alsdals zu beginnen. Der Kommunalverband hat sich genötigt gesehen, daher schon ein Aushörverbot für Heu zu erlassen. Heu darf auch innerhalb des Bezirkes nicht verschoben werden. — Eine Erhöhung der Schlachtvieh- und Senkung der Zuchtviehpreise ist nicht zu erwarten. Um die Fettversorgung der Bevölkerung sicher zu stellen, hat sich die Landesstelle genötigt gesehen,